

Zukunftsfähigkeit von Denkmalschutz und Denkmalpflege

Positionspapier

1. Februar 2002

1. Denkmalschutz und Denkmalpflege nach dem Zweiten Weltkrieg

Im Zuge des Wiederaufbaus, der wirtschaftlichen Expansion und des Straßenbaus wurde in der Nachkriegszeit bis in die Siebzigerjahre hinein mehr historische Substanz und damit auch Bau- und Bodendenkmale vernichtet als durch die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges. Ein Wertewandel trat ein, als Wachstums- und Fortschrittsgläubigkeit kritisiert und zunehmend in Frage gestellt wurden. Der Denkmalschutz – besser das einzelne Bau-, Boden- oder Gartendenkmal – ist häufig der Anlass gewesen, die Stadterneuerungs- und Landesentwicklungspolitik insgesamt zu überdenken und den Weg einer erhaltenden Stadterneuerung und verantwortungsvollen Fortentwicklung der historischen Kulturlandschaft einzuschlagen. Das Europäische Denkmalschutzjahr 1975 markiert diesen Wendepunkt.

Denkmalschutz und Denkmalpflege galten fortan nicht mehr als Hemmnis, sondern als Motor für Stadtentwicklung, standortbedingte Attraktivität und landschaftsspezifische Unverwechselbarkeit. Neue Gesetze, administrative Maßnahmen, staatliche Förderprogramme und nicht zuletzt Steuervergünstigungen haben bundesweit dazu beigetragen, Denkmalschutz und Denkmalpflege nachhaltig zu fördern und ihren Stellenwert sichtbar zu machen.

Die Achtzigerjahre sind die Reife- und Blütezeit dieser Entwicklung, im bundesdeutschen Nachkriegsstädtebau gelten sie als die Periode der erhaltenden Stadterneuerung, in der Landesentwicklung als Zeit der identitätsstiftenden Akzentuierungen. Die historischen Stadtgrundrisse bewahren, alte Bausubstanz behutsam erneuern, prägende Bodendenkmäler integrieren, die Wachstumspotenziale nutzen, um der alten Bausubstanz neues Leben zu geben, das sind die Fundamente dieser bewahrenden Politik. In den Neunzigerjahren wurde dieser Weg fortgesetzt und mit sichtbarem Erfolg auch in den neuen Bundesländern beschritten. Dort waren die historischen städtebaulichen Strukturen in großen Teilen erhalten geblieben, der Zustand der Bausubstanz war jedoch aufgrund der verfehlten DDR-Baupolitik überwiegend katastrophal.

Städte, Dörfer und Landschaften in den neuen Ländern haben von den Erfahrungen der alten Bundesrepublik vielfach profitiert. Die Fehler der westdeutschen Wiederaufbauphase konnten dort vielerorts vermieden werden, die historische Substanz wurde zum Ausgangspunkt und Leitbild der urbanen Renovierung. Als besonders erfolgreich erwies sich hierbei das Sonderprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ im Rahmen der Städtebauförderung. Gleichwohl kam es aber auch hier zu Verwerfungen, weil durch die exzessive Nutzung der Sondersteuerabschreibungen und eine großzügige Genehmigungspraxis selbst denkmalwerte Bau- und Gartenanlagen sowie Objekte von archäologischem Interesse erheblich beeinträchtigt oder gar zerstört wurden.

2. Neue Herausforderungen für Denkmalschutz und Denkmalpflege zu Beginn des neuen Jahrtausends

Zu Beginn des neuen Jahrtausends stehen Denkmalschutz und Denkmalpflege vor neuen Herausforderungen, wieder kündigt sich ein Paradigmenwechsel an. Im Gegensatz zum vorangegangenen wird er aber nicht von interdisziplinär und auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen geführten Diskussionen vorbereitet und begleitet. Die vermeintlichen und tatsächlichen Zwänge von Globalisierung und Strukturwandel und der damit einhergehende Veränderungsdruck, aber auch die schwierige Finanzsituation der öffentlichen Haushalte sind die bestimmenden Faktoren.

Allzu oft sind Kosten und kurzfristige Einspareffekte, nicht aber kultureller Wert und nachhaltige Wirkung die ausschlaggebenden Kriterien. Der politische Wille zu „neuem Wachstum“ und „schnellem Handeln“ fördert heute die Neubau- und Expansionsmentalität und schwächt behutsame Erneuerungsstrategien. Dabei sind letztere nach wie vor gefragt, insbesondere in Hinblick auf die in großer Zahl frei werdenden Bahnanlagen und Kasernen, die großindustriellen Brachflächen vor allem in den ostdeutschen Ländern, die Sanierungsnotwendigkeiten im Massenwohnungsbau und angesichts der Überforderung vieler Glaubensgemeinschaften mit ihrer Verantwortung für zu große und oftmals nicht mehr benötigte Kirchen. Neue Gefahren erwachsen der historischen Bausubstanz – besonders in den neuen Ländern – durch das Problem der „schrumpfenden Stadt“. Das Überangebot von Wohnungen bei zunehmender Abwanderung ins Umland und insgesamt abnehmender Bevölkerung führen zu bedrohlichen Leerstand in den Altstädten.

Denkmalschutz und Denkmalpflege jedoch scheinen ihre politische Lobby verloren zu haben und auf das verbale Bekenntnis am Tag des offenen Denkmals reduziert zu sein. Im Schatten der alles beherrschenden Schlagworte Deregulierung, Investition und Innovation drohen Bewahren und Erhalten wieder als Inbegriffe für Fortschrittsfeindlichkeit und Investitionshemmnis missbraucht zu werden. Gesetzesnovellierungen zielen auf eine Senkung des erreichten Standards ab, die Förderetats sind drastisch zurückgefahren worden, Stellenpläne werden kontinuierlich gekürzt. Die Verantwortung für das baukulturelle und archäologische Erbe ist in Gefahr, immer weniger als staatlicher Kulturauftrag und zunehmend als private Aufgabe der Zivilgesellschaft definiert zu werden.

3. Zukunftsfähigkeit von Denkmalschutz und Denkmalpflege

Ziel von Denkmalschutz und Denkmalpflege ist es, Grundlagen und Rahmenbedingungen zu erarbeiten, um gewachsene historische Strukturen zu erhalten, gegebenenfalls mit neuer Architektur und Gestaltungselementen störungsfrei zu verknüpfen und nachhaltige Perspektiven für die Orte gesellschaftlichen Lebens und der gesellschaftlichen Identitätsfindung zu eröffnen. Die Fachdisziplin muss die Grundlagen liefern und vermitteln. Eine breite öffentliche Akzeptanz ist die Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit von Denkmalschutz und Denkmalpflege. Der Staat schließlich muss dafür die Rahmenbedingungen schaffen und garantieren.

Denkmalschutz und Denkmalpflege sind also auf allen Ebenen gefordert, sie müssen nicht nur reagieren, sondern sich an dem sich abzeichnenden Prozess aktiv beteiligen. Ihre Positionen im gesellschaftlichen Wertesystem sind zu analysieren, gegebenenfalls neu zu definieren und zu konturieren.

Dafür ist es im Einzelnen notwendig,

– innerhalb der Denkmalpflege

Anspruch und Wirklichkeit anhand einer umfassenden Erhebung zu evaluieren, die Theorie und Methoden des Faches zu überprüfen und fortzuschreiben,

die Kommunikationsfähigkeit zu pflegen und zu schulen,

noch vorhandene restriktive und reaktive Handlungsmuster durch werbende und offensive, am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit orientierte Strategien zu ersetzen,

eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit als Bestandteil des Tagesgeschäftes auf- und auszubauen,

– **zwischen den einschlägigen Institutionen**

strategische Allianzen zu bilden,

eine effektive Arbeitsteilung zu organisieren,

Kooperationen zu stärken,

– **in der Gesellschaft**

einen Diskurs über historisches Erbe, Baukultur und Urbanität anzustoßen,

lokale und regionale Unverwechselbarkeit in einer globalisierten Welt zu garantieren,

unverzichtbare Grundlagen für die Bewahrung von Heimat anzubieten,

sich als Mittler zwischen Vergangenheit und Zukunft auszuweisen,

– **in der Politik**

Denkmalschutz und Denkmalpflege als wichtiges Segment im Kontext mit anderen Politikfeldern zu definieren und insbesondere als wirksamen Beschäftigungs- und Standortfaktor herauszustellen,

die Erhaltung des kulturellen Erbes unter den Aspekten der Ökologie und der Ressourcenschonung als wesentlichen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung zu verankern.

Als Maßnahmen kommen dafür in Betracht:

- Bewährte Einrichtungen (Denkmalfach- und -schutzbehörden) zu erhalten und zu stärken, damit sie sich den wandelnden Anforderungen anpassen können, verstärkte Lehrangebote für die theoretischen und praktischen Grundlagen von Denkmalschutz und Denkmalpflege, zusätzliche Qualifizierungsangebote für die berufsvorbereitende und berufsbegleitende Aus- und Weiterbildung in Denkmalpflege und Denkmalmanagement,
- Aktivierung der verschiedenen Foren für Baukultur sowie Bau- und Bodendenkmalpflege im Sinne strategischer Allianzen und intensiver Kooperationen,
- Stärkung des ehrenamtlichen Engagements und bürgerschaftlicher Initiativen bei der Trägerschaft und der Erhaltung von Denkmälern sowie der Vermittlung des Denkmalschutzgedankens,
- eine Gesetzesinitiative zur Halbierung des Mehrwertsteuersatzes auf Arbeits- und Sachleistungen in der Denkmalpflege,
- -eine Gesetzesinitiative zur Gleichstellung des Erwerbs von Baudenkmalern mit Neubauten in der Eigentumsförderung.